

Biberach, 01.03.2013

Tischvorlage

Drucksache Nr. 37/2013

Beratungsfolge		
Gremium	öffentlich	Sitzungsdatum
Gemeinderat	Ja	04.03.2013

Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen der Gemeinderatsfraktionen

1. Umbenennung der Hindenburgstraße - Antrag der Grünen

Die Stadtverwaltung schlägt eine Beibehaltung der seitherigen Namensbezeichnung "Hindenburgstraße" vor.

Begründung:

Eine Diskussion hierüber wurde bereits im Jahr 2011 aufgrund einer Initiative der Matthias-Erzberger-Initiative geführt. In diesem Zusammenhang wurde eine Umfrage durchgeführt, bei der insgesamt 150 Anlieger angeschrieben wurden. 77 hatten sich gemeldet, wobei sich 96 % gegen eine Umbenennung der Hindenburgstraße ausgesprochen haben. Auch von der damaligen Stadtspitze wurde eine überwiegend zustimmende Anzahl der Anwohner als Grundlage erachtet, um einer Umbenennung näherzutreten. Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass ein erneutes Umfrageergebnis ähnlich ausfallen würde.

2. Bezahlbarer Wohnraum; Gesprächssuche mit den Baugenossenschaften - Antrag der SPD-Fraktion

Der Antrag wird seitens der Verwaltung befürwortet; die regionalen Baugenossenschaften sollten als kompetente Ansprechpartner beteiligt werden, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Gespräche hierzu wurden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zugesagt, in deren Rahmen wiederum ein gleichlautender Antrag gestellt wurde.

3. Resolution zum Thema "Fracking" - Antrag der Grünen

Nach derzeitigem Erkenntnisstand ist Fracking aus Sicht der Stadtverwaltung abzulehnen. Um eine Resolution auf den Weg zu bringen, wurde daher der Umweltbeauftragte der Stadt gebeten, Unterlagen zum Thema Fracking zusammenzustellen. Diese werden dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt. Die Stadt hat erfahren, dass auch der Landkreis eine entsprechende Resolution beschließen wird, wobei aus städtischer Sicht nichts gegen eine gemeinschaftliche Vorgehensweise in dieser Angelegenheit spricht.

4. Resolution "Wasser ist Menschenrecht"
- Antrag der Grünen

Die Stadtverwaltung ist aufgrund der EU-Entwicklungen bestrebt, die Wasserversorgung komplett wieder in städtische Hände zu bringen –der Resolution "Wasser ist Menschenrecht" wird zugestimmt.

Norbert Zeidler
Oberbürgermeister